

Klartext

aus Berlin und Augsburg

2015/2

Abgeordnetenbrief
Ulrike Bahr



Foto: © Henning Schacht, 2014

ZUR SACHE

Liebe Leserinnen und Leser,

alle reden über „Inklusion“ als den Königsweg, um Menschen mit Behinderung volle gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Inklusion, wörtlich „Einschluss“, ist der Gegenentwurf zum Ausschließen und Ausgrenzen. Grenzen und Barrieren müssen Menschen mit Behinderungen leider im Alltag immer noch allzu oft erfahren — weil viele Orte nur über Treppen zu erreichen sind, weil es keine Kommunikationshilfen für gehörlose oder schwerhörige Menschen, keine Orientierungshilfen für Blinde und Sehbehinderte gibt oder weil komplizierte Sprache Lernbehinderte abschreckt. Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen folgt dem Leitgedanken, dass der Staat das gemeinsame Leben aller Menschen — mit und ohne Behinderung — sicher stellen muss. Aber die Praxis ist noch nicht so weit.

Auch unsere rechtlichen Regelungen von Hilfen für Schwerbehinderte orientierten sich bislang eher am Fürsorgegedanken. Mit dem neuen Teilhaberecht, auf das sich die Koalitionspartner noch für diese Wahlperiode verständigt haben, soll das ab 2016 anders werden. Das neue Teilhaberecht soll sich

- an Personen orientieren, nicht an Institutionen,
 - das Wunsch- und Wahlrecht umfassender garantieren,
 - ein einheitliches Verfahren zur Bedarfsermittlung vorschreiben,
 - Einkommen und Vermögen von Menschen mit Behinderung besser schonen,
 - eine trägerunabhängige Beratung einrichten,
 - die persönliche Assistenz sicherstellen,
 - Schnittstellen zur Kinder- und Jugendhilfe, zum Arbeitsmarkt und zur Pflege beseitigen und damit auch hier Inklusion vorantreiben.
- In der SPD-Bundestagsfraktion wer-

den wir uns weiterhin für diese Ziele einsetzen und auch darauf achten, dass es eine solide Finanzierung gibt. Die Entlastung der Kommunen um 5 Milliarden Euro ist vorgezogen worden und jetzt nicht mehr, wie ursprünglich geplant, an das Bundesteilhabegesetz gekoppelt. Die Ziele bestehen aber weiter.

Die Bayerische Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion hat sich am 7. Mai in einer Veranstaltung zur Inklusion gemeinsam mit der Bundesbehindertenbeauftragten, Verena Bentele, und der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und Bundesvorsitzenden der Lebenshilfe, Ulla Schmidt, noch einmal nachdrücklich zu diesen Zielen bekannt.

Neben der rechtlichen Neuregelung der Teilhabe müssen wir aber alle daran weiterarbeiten, dass die Barrieren in den Köpfen fallen und Teilhabe im Alltag möglich wird. Dafür setze ich mich ein!

Herzlich, Ihre

A handwritten signature in blue ink that reads "Ulrike Bahr".

ALLEINERZIEHENDE STÄRKEN

Kindergeld und Kinderfreibetrag sollen rückwirkend zum 1.1.2015 leicht erhöht werden. Das Bundesverfassungsgericht hatte angeordnet, das Existenzminimum von Kindern steuerlich frei zu stellen. Für Familien, die von der Steuerentlastung nicht profitieren, gibt es einen kleinen Ausgleich über das Kindergeld. Auch der Kinderzuschlag für Familien mit niedrigem Einkommen wird um 20 Euro je Kind angehoben. Zu mehr konnte sich das Bundesministerium der Finanzen aber nicht durchringen.

Umso mehr freut es mich, dass die SPD in der Koalitionsrunde eine kräftige



Erhöhung des Freibetrags für alleinerziehende Mütter und Väter von 1.308 auf 1.908 Euro durchgesetzt hat. Für jedes weitere Kind erhöht sich der Freibetrag nochmals um 240 Euro. Das kommt allen Alleinerziehenden zugute, die ihre Familie mit dem eigenen Einkommen unterhalten. Etwa eine Million der 2,7 Millionen Alleinerziehenden in Deutschland werden direkt davon profitieren.

Das ist ein Signal der Anerkennung für ihre Erziehungsleistung und ein wichtiger erster Schritt. Sozialdemokratische Familienpolitik möchte einen Dreiklang von mehr Geld, mehr Zeit und einer besseren Infrastruktur für Familien umsetzen. Denn gerade Familien mit nur einem Elternteil sind auf eine gute und bezahlbare Infrastruktur zur Kinderbetreuung angewiesen, um überhaupt erwerbstätig sein zu können. Zeitliche Flexibilität im Beruf und bei der Betreuung ist für sie besonders zentral. Damit es gelingt, Alleinerziehenden nicht nur Armut oder Überlastung als Alternative zu bieten!

DIE FRAUENQUOTE GILT!

Seit dem 1. Mai ist das „Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“, gemeinhin „Frauenquote“ genannt, in Kraft.

Frauen sind heute so gut ausgebildet wie nie zuvor. Trotzdem sind Führungspositionen immer noch fest in Männerhand. Gerade einmal 17 Prozent der Aufsichtsräte börsennotierter

AUS
Berlin



Im Familienausschuss bei der Abstimmung zur Quote am 4. März; Bild: Elke Ferner

Unternehmen sind Frauen. In den Vorständen großer Unternehmen ist der Frauenanteil noch geringer. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft haben daran in den letzten Jahren nichts geändert.

Mit verbindlichen Vorgaben haben wir darum jetzt dafür gesorgt, dass Deutschlands Chefetagen weiblicher werden. Das ist ein wichtiger Schritt für mehr Gleichberechtigung und hilft mittelfristig auch zu einem Kulturwandel in den Unternehmen hin zu einer familienfreundlicheren Gestaltung der Arbeitswelt. Dass die Quote wirkt, sehen wir in der Politik: In der SPD-Bundestagsfraktion sind 40% der Abgeordneten Frauen, im geschäftsführenden Fraktionsvorstand herrscht Parität.

ZWEI JAHRE HILFETELEFON

Jeden Tag erleben Frauen in ihrer häuslichen Umgebung Gewalt, körperlich und psychisch.

Mit dem Hilfetelefon, das insgesamt 100.000 Kontakte und 45.000 Beratungen per Telefon, Chat und E-Mail ermöglichte, konnte in den vergangenen Jahren vielen Frauen geholfen werden.

Leider ist die bundesweite kostenfreie Telefonnummer 08000 116 016, die Beratung und Hilfe in fünfzehn Sprachen rund um die Uhr bietet, noch nicht ausreichend bekannt. Nur rund 20% der Frauen, die Gewalt erlebt haben, finden den Weg zu Beratung und Unterstützung.

Der Fernsehsender SAT.1 unterstützt deshalb die Bundesfrauenministerin bei ihrer Aufklärungskampagne. Die Fernsehproduktion „Die Ungehorsame“



Bei der Preview mit Darstellern und Crew des Fernsehfilms „Die Ungehorsame“

greift das Thema häusliche Gewalt auf und erzählt mit Felicitas Woll in der Hauptrolle eindrucksvoll die Geschichte einer Betroffenen. Im Umfeld der Sendung machte SAT.1 auch auf das Angebot des Hilfetelefons aufmerksam.

Manuela Schwesig präsentierte den diesjährigen Jahresbericht des Hilfetelefons im Rahmen einer Preview des Films.

GESUNDHEITSFÖRDERUNG

In den nächsten Wochen wird der Bundestag über ein Präventionsgesetz beraten. Die Verhütung von Krankheiten und Gesundheitsförderung in den Lebenswelten der Versicherten soll eine Pflichtaufgabe der Krankenkassen werden. Lebenswelten sind die Orte, an denen sich die Menschen außerhalb des eigenen Hauses vorrangig aufhalten: die Kindertagesstätten und Schulen, die Betriebe und auch Pflegeheime. Strittig ist noch, ob auch Nachbarschaften und

Stadtquartiere oder auch die Mehrgenerationenhäuser dazu zählen sollen. Gerade das kommunale Umfeld kann viel für gesundheitsfördernde Verhältnisse und Umgebungsgestaltung tun.

Die gesetzlichen Krankenkassen werden künftig mindestens 7 Euro pro Versicherten in die Prävention stecken. 2 Euro davon sind für die betriebliche Gesundheitsförderung vorgesehen. Wie sich auch die privaten Krankenversicherungen verpflichtend beteiligen und welche Aufgaben steuerfinanziert werden, muss noch ausgehandelt werden. Von Gesundheitsförderung in den Betrieben und Lebenswelten werden alle profitieren—alle sollten auch beitragen.



#NEUE ZEITEN

Im Sommer ist Halbzeit in der Regierungsarbeit der Großen Koalition. Wir kommen gut voran damit, den Koalitionsvertrag abzuarbeiten. Für die beiden verbleibenden Jahre möchten wir neue Impulse setzen. Darum hat die Fraktion Projektgruppen eingesetzt, die unter dem Titel #NeueGerechtigkeit Zukunftsfragen bearbeiten sollen.

Gemeinsam mit Martin Rosemann werde ich die #NeuenZeiten leiten, die sich damit auseinander setzen werden, wie wir künftig arbeiten wollen.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt, entgrenzte Arbeit, vor allem aber auch die Vereinbarkeit von Elternschaft, Pfl-



DEM FRIEDEN EINE CHANCE?!

Über den Tellerrand der Stadtgesellschaft hinweg auf die Krisen und Kriege richtete sich der Blick beim Besuch meiner MdB-Kollegin Dr. Bärbel Kofler aus Traunstein. Sie ist entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und besuchte mit mir zunächst die Geschäftsstelle und den Eine-Welt-Laden des Eine-Welt-Netzwerks Bayern in Augsburg.

Am Abend berichtete Bärbel Kofler

AUS
Augsburg



PRAKTIKANTIN IM BÜRO BAHR

Seit März wird das Berliner Büro von Sandra Gerhard unterstützt. Sandra studiert in Nürnberg an der Evangelischen Hochschule Sozialwirtschaft und hat sich entschlossen, ihr Praxissemester im Bundestag zu verbringen. Aus dem Studium hat sie bereits Kenntnisse über die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe und die Trägerlandschaft der Sozialwirtschaft, die sie in meinem Büro gut einbringen kann.

Sandra hat sich in den letzten Wochen damit beschäftigt, die Berichterstattung zur Sterbehilfe-Debatte und zum Hospiz- und Palliativgesetz zu sichten, zusammenzufassen und eine Veranstaltung in Augsburg dazu inhaltlich vorzubereiten.

Bei einem Fachgespräch der Kinderkommission zum Wechselmodell, der abwechselnden Betreuung von Kindern aus Trennungsfamilien bei Mutter und Vater, traf Sandra im Bundestag auf ihre Professorin Hildegund Sünderhauf, die als Expertin über die Vorzüge dieser Betreuungsform referierte (Foto).

geaufgaben, bürgerschaftlichem Engagement und Berufstätigkeit, von der richtigen Balance zwischen Flexibilität und sozialer Absicherung werden Themen unserer Arbeit sein.

Wir freuen uns dabei auf lebhaftes Diskussionen und einen guten Austausch mit dem Grünbuch-Prozess, den Andrea Nahles mit ihrer Tagung #Arbeitsviernull gestartet hat!

Berlin Termine X

19.05.2015 | 12:00 Uhr

Mittagsgespräch zum Prostituiertenschutzgesetz mit den katholischen Bischöfen

21.05.2015 | 08:00 Uhr

Parlamentarisches Frühstück der Internationalen Jugendarbeit

10.06.2015 | 10:30 Uhr

Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion

15.06.2015 | 14:00 Uhr

Treffen Jugend und Parlament

dann im gut gefüllten Reichlesaal des Zeughauses, mit welchen Strategien sozialdemokratische Außenpolitik mit den zahlreichen Krisen von der Ukraine über Syrien bis zur Zentralafrikanischen Republik umgehen will.

In ihrem Eingangsreferat beschrieb sie die Grundsätze der deutschen Außenpolitik und der Diplomatie bei der Bekämpfung internationaler Konflikte und ging hierbei auch auf die Unterschiede zu anderen Parteien ein. Im Verlauf der Veranstaltung entwickelte sich eine ernsthafte Debatte über langfristige Lösungen und nachhaltige Konzepte zur Krisenprävention: Dennoch warnte die Referentin vor zu hohen Erwartungen, denn „Friedenspolitik braucht Zeit!“, so Bärbel Kofler.

Wichtig für die Krisenintervention ist es, unterschiedliche Zeithorizonte zu berücksichtigen: ein kurzfristiges Krisenmanagement, das ständige Ringen um eine Fortführung des Dialogs wie beim Minsk I und II Abkommen, aber auch die mittelfristige Planung, zum Beispiel das Bemühen um eine Stärkung der Zivilge-

sellschaft vor Ort oder der langfristige Aufbau von Infrastruktur und ökonomischem Wohlstand, wie es unser Engagement in Afghanistan versucht.

GENERATIONENGERECHTIGKEIT

Im März hatte mich Paul Wengert, Alt-Bürgermeister von Augsburg und Abgeordneter im Bayerischen Landtag, zu einem „Tag der Generationen“ in meinen Betreuungswahlkreis Ostallgäu eingeladen. In Roßhaupten konnte ich das Mehrgenerationenhaus „Mitanand“ besuchen, in Marktoberdorf stand ebenfalls ein Besuch im Mehrgenerationenhaus auf dem Programm.

In Berlin bemühen wir uns gerade intensiv um Lösungswege, diese Häuser nachhaltig für die nächsten Jahre zu finanzieren. Der Haushaltsausschuss hat schon seine Unterstützung signalisiert, so dass wir optimistisch sind.

Am Abend diskutierten wir dann im Café Greinwald in Marktoberdorf unter dem Titel „Generationen im Clinch“



über generationengerechte Politik. Mit dabei waren Ruth Waldmann, MdL, die langjährige Marktoberdorfer Seniorenbeauftragte Jutta Jandl, Alexander Spitschan vom Kreisjugendring Ostallgäu und Thomas Hengge, der in seinem Leben Kinder, pflegebedürftige Eltern und Beruf unter einen Hut bringen muss. Besonders zur Rente wurde sehr lebhaft diskutiert.

Dabei gab es aber einen Grundkonsens, die Interessen von Rentnerinnen und Rentnern, Familien und jungen Menschen nicht gegeneinander auszuspielen. Gerade angesichts des demographischen Wandels werden wir eine zukunftsfeste Gesellschaft nur in Solidarität und im Miteinander der Generationen bauen können.

TAG DER BAHNHOFSMISSION

Am 17. April beteiligte sich die Augsburger Anlaufstelle am bundesweiten Tag der Bahnmissionsmission. Ich war eingeladen, die Arbeit hautnah mitzuerleben. Die Bahnmissionsmission kümmert sich um behinderte und kranke Reisende, allein reisende Kinder, vermittelt Hilfen rund um das Reisen und dient auch als Anlaufstelle für Gestrandete und sozial Schwache aus der Region.

Die engagierten Helferinnen bieten praktische Unterstützung für Hilfsbedürftige ein. Sie arbeiten vor Ort mit der Bahn und der Bundespolizei zusammen. Ein großartiges Engagement!



VEREIN FÜR OMBUDSSTELLE

Fachleute und ehrenamtlich Engagierte aus der Kinder- und Jugendhilfe haben am 27. März in München den Verein "Unabhängige Ombudsstelle für die Kinder- und Jugendhilfe in Bayern" gegründet. Als Kinder- und Jugendpolitikerin habe ich mich gerne in den Vorstand wählen lassen.

Der Verein möchte für Kinder und Jugendliche da sein, die Konflikte mit dem Jugendamt oder mit freien Trägern haben und mit Information und Beratung dazu beitragen, einvernehmliche und außergerichtliche Lösungen zu finden. Die Ombudsstelle soll Kindern helfen, ihre Beteiligungsrechte durchzusetzen. Die Finanzierung ist allerdings noch nicht gesichert.

ZUR ZUKUNFT DER PFLEGE

Unter diesem Titel stellte Hilde Mattheis, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, in Augsburg die bereits umgesetzten und die noch geplanten Änderungen der Pflegegestärkungsgesetze vor.

Anschließend diskutierte sie mit mir, Augsburger Experten, Engagierten und etwa 100 BesucherInnen im S-Forum zum Teil sehr kontrovers die Herausforderungen, die der demographische Wandel und der Fachkräftemangel für die Pflege bereit halten.

Eine Fortsetzung zu weiteren Aspekten dieses Themas ist geplant!



Augsburg Termine X

26.06.2015 | 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro

07.07.2015 | 15:00 Uhr

Leseclub, Stadteibücherei Lechhausen

08.07.2015 | 19:00 Uhr

Friedensreihe: Der Nahost-Konflikt mit Prof. Dr. Stephan Stetter, München Reichlesaal, Zeughaus, Augsburg

24.07.2015 | 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro

07.08.2015 | 17:00 Uhr

Grenzen in Gefahr? Diskussionsveranstaltung zum Hohen Friedensfest mit Niels Annen, MdB; Stadtbücherei, S-Forum

Impressum

V. i. S. d. P.: Ulrike Bahr, Schaezlerstraße 13, 86150 Augsburg

Redaktion: Dr. Ruth Vornefeld, Tel. 030 22777283, ulrike.bahr.ma01@bundestag.de